

Thomas Fritz

Gezielte Vermögens- nachfolge durch Testament und Schenkung

Betriebsvermögen – Privatvermögen – Vorsorge-
verfügungen

5. Auflage

MIT
CHECKLISTEN
UND
MUSTERFORMU-
LIERUNGEN
ZUM
DOWNLOAD

SCHÄFFER
POESCHEL

Inhaltsverzeichnis

[Hinweis zum Urheberrecht](#)

[Impressum](#)

[Vorwort](#)

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Kapitel I Grundbegriffe des Erbrechts](#)

[1 Grundsatz der Gesamtrechtsnachfolge - Der Erbe](#)

[2 Der Nachlass](#)

[3 Annahme und Ausschlagung der Erbschaft](#)

[3.1 Annahme](#)

[3.2 Ausschlagung](#)

[3.3 Verfügungen über die Ausschlagung](#)

[3.4 Anfechtung von Annahme und Ausschlagung](#)

[3.5 Rechtsverhältnis zwischen wahrem und vorläufigem Erben](#)

[4 Der Vermächtnisnehmer](#)

[5 Der Pflichtteilsberechtigte](#)

[6 Allgemeines zur Verjährung](#)

[Kapitel II Das gesetzliche Erbrecht](#)

[1 Das Verwandtenerbrecht](#)

[1.1 Das Verwandtschaftsrecht](#)

[1.1.1 Erben erster Ordnung](#)

[1.1.2 Erben zweiter Ordnung](#)

[1.1.3 Erben dritter Ordnung](#)

[1.1.4 Erben vierter Ordnung](#)

[1.1.5 Weitere Erbfolge](#)

[1.2 Annahme als Kind](#)

[2 Das Ehegattenerbrecht](#)

[2.1 Das eheliche Güterrecht](#)

- 2.1.1 Allgemeines
- 2.1.2 Die Güterstände im Einzelnen
 - 2.1.2.1 Gütertrennung
 - 2.1.2.2 Gütergemeinschaft
 - 2.1.2.3 Zugewinnngemeinschaft
 - 2.1.2.4 Wahl-Zugewinnngemeinschaft
- 2.2 Das Zusammentreffen mit Verwandten des Erblassers
 - 2.2.1 Erbteil gegenüber Erben erster Ordnung
 - 2.2.1.1 Zugewinnngemeinschaft
 - 2.2.1.2 Gütertrennung
 - 2.2.1.3 Gütergemeinschaft
 - 2.2.2 Erbteil gegenüber Erben zweiter Ordnung und Großeltern
 - 2.2.3 Erbteil gegenüber sonstigen Verwandten
- 2.3 Der »Voraus« des Ehegatten
- 2.4 Folgen von Ehescheidung, Eheaufhebung und Trennung
- 3 Die Ausgleichungspflicht für Abkömmlinge als gesetzliche Erben
 - 3.1 Ausgleichungspflicht für die Ausstattung
 - 3.2 Ausgleichungspflicht für Zuschüsse und Aufwendungen zur Berufsvorbildung
 - 3.3 Sonstige Zuwendungen des Erblassers bei Anordnung
 - 3.4 Ausgleichungspflicht bei besonderer Mitarbeit oder Pfllegetätigkeit eines Abkömmlings
 - 3.5 Durchführung des Ausgleichs
 - 3.6 Ausschluss der Ausgleichungspflicht
- 4 Die Erbnunwürdigkeit
- 5 Die Beschränkung der Erbenhaftung
 - 5.1 Nachlassverwaltung

5.2 Nachlassinsolvenz

5.3 Unzulänglichkeitseinrede, § 1990 BGB, und Überschwerungseinrede, § 1992 BGB

6 Der Erbverzichtsvertrag

6.1 Gegenstand des Verzichts

6.2 Wirksamkeitsvoraussetzungen

6.3 Auswirkungen auf die übrigen Erben

Kapitel III Die gewillkürte Erbfolge durch Testament

1 Die Testierfähigkeit

2 Voraussetzungen einer formwirksamen Testamentserrichtung

2.1 Das öffentliche Testament

2.2 Das eigenhändige Testament

2.3 Das Nottestament

3 Testamentarische Gestaltungsmittel

3.1 Die Testierfreiheit und ihre Grenzen

3.1.1 Gesetzes- und sittenwidrige Verfügungen von Todes wegen

3.1.2 Bestimmung durch Dritte

3.1.3 Enterbung der Pflichtteilsberechtigten

3.1.4 Selbstbindung des Erblassers

3.2 Formen der Erbeinsetzung

3.2.1 Erbeinsetzung

3.2.1.1 Vollerbeinsetzung

3.2.1.2 Bedingte Erbeinsetzung

3.2.2 Die Ersatzerbeinsetzung

3.2.3 Die Vor- und Nacherbeinsetzung

3.2.3.1 Eintritt des Vor- und Nacherbfalles

3.2.3.2 Beschränkungen des Vorerben

3.2.4 Notwendigkeit der Anordnung der Vor- und Nacherbschaft im Falle einer Scheidung

3.3 Das Vermächtnis

3.3.1 Anordnungen über die Nachlassauseinandersetzung

3.3.2 Teilungsanordnung

3.3.3 Auseinandersetzungsverbot

3.3.4 Übernahmerecht

3.3.5 Testamentarisches Bestimmungsrecht Dritter

3.4 Die Auflage

3.5 Die Testamentsvollstreckung

4 Mögliches Interesse des Erblassers an der zeitlichen Verlagerung von letztwilligen Verfügungen auf die Zeit nach seinem Tod

4.1 Das sogenannte Bestimmungs- und Zweckvermächtnis

4.2 Delegieren von Entscheidungen auf einen Testamentsvollstrecker

4.3 Wenn der Erblasser vermeiden will, dass das Erbe nach dem Tod des Erblassers auseinandergesetzt wird - die Familiengesellschaft

5 »Moderne Zeiten«: Der digitale Nachlass

5.1 Rechtslage

5.1.1 Allgemeine Ausführungen

5.1.2 Lebzeitige Vertretung

5.1.3 Zugriff auf Onlinekonten im Erbfall

5.1.3.1 Allgemeine Ausführungen

5.1.3.2 Die »Facebook-Urteile« des BGH: Grundlegende Entscheidungen über den Zugang zum digitalen Nachlass

5.2 Wissenswertes zur Regelung der eigenen »digitalen Angelegenheiten«

5.3 Wissenswertes für den

Bevollmächtigten bzw. den Erben

6 Der landwirtschaftliche Betrieb im Erbrecht

6.1 Die Höfeordnung

6.2 Landgut-Bestimmungen nach dem BGB

7 Sonstige testamentarische Verfügungen

7.1 Familienrechtliche Anordnungen

7.1.1 Anordnungen betreffend die Vermögenssorge

7.1.1.1 Beschränkung oder Ausschluss der elterlichen Vermögenssorge

7.1.1.2 Befreiung von der Inventarisierungspflicht

7.1.2 Anordnungen betreffend eine Vormundschaft

7.1.3 Anordnungen betreffend das Güterrecht

7.2 Wertsicherungsklauseln

8 Wenn die testamentarischen Verfügungen (so) nicht mehr gelten sollen:

8.1 Aufhebung durch Widerruf

8.1.1 Reines Widerrufstestament

8.1.2 Vernichtung

8.1.3 Rücknahme aus amtlicher Verwahrung

8.1.4 Inhaltlich neues Testament

8.2 Anfechtung durch Erben oder Dritte

8.2.1 Wirkung der Anfechtung

8.2.1.1 Inhaltsirrtum, Anfechtungsgründe

8.2.1.2 Erklärungsirrtum

8.2.1.3 Motivirrtum

8.2.1.4 Widerrechtliche Drohung

8.2.1.5 Unbewusste Übergehung eines Pflichtteilsberechtigten

8.2.2 Anfechtungsberechtigter

Kapitel IV Das gemeinschaftliche

Ehegattentestament und der Erbvertrag

1 Das gemeinschaftliche Ehegattentestament

1.1 Die erleichterte Errichtung

1.2 Bindungswirkung des Ehegattentestaments

1.3 Das einfache Ehegattentestament

1.4 Das gegenseitige Ehegattentestament

1.5 Das wechselbezügliche Ehegattentestament

1.5.1 Wechselbezüglichkeit

1.5.2 Auslegungsregel des § 2270 BGB

1.5.3 Auslegungsregel des § 2269 BGB - »Berliner Testament«

1.5.4 Beseitigung der Bindungswirkung beim wechselbezüglichen Testament

1.5.4.1 Auflösung der Ehe

1.5.4.2 Einseitiger Widerruf

1.5.4.3 Anfechtung

1.5.5 Die Rechtswirkung für den überlebenden Ehegatten

1.5.5.1 Einfaches und gegenseitiges Testament

1.5.5.2 Wechselbezügliches Testament

1.6 Ehegatten mit gemeinsamen Kindern

1.6.1 Problemstellung

1.6.2 Absicherung und Bindung des überlebenden Ehegatten

1.6.2.1 Berliner Testament

1.6.2.2 Pflichtteilsstrafklauseln

1.6.2.3 Partielle Testierfreiheit des überlebenden Ehegatten

1.6.2.4 Erhalt des Familienbesitzes

1.6.3 Absicherung und Bindung der Kinder

1.6.3.1 Verfügungen des Erblassers über die Teilung des Nachlasses

1.6.3.2 Testamentsvollstreckung zu Lasten des überlebenden Ehegatten

1.6.3.3 Absicherung minderjähriger Kinder

1.6.3.4 Bevorzugung und Ausschluss von Kindern

1.6.3.5 Absicherung durch Wiederverheiratursklauseln

1.6.4 Weitere regelungsbedürftige Punkte

1.6.4.1 Sicherung der Pflege im Alter

1.6.4.2 Dank an Pflegepersonen

1.6.4.3 Begünstigung karitativer Organisationen

2 Spezielle Interessen bei der Testamentsgestaltung

2.1 Spezielle familiäre Interessen

2.1.1 Ehegatten mit nicht gemeinsamen Kindern (»Patchwork-Familie«)

2.1.2 Nicht gemeinsame Kinder nur eines (oder beider) Ehegatten

2.1.3 Ehegatten ohne Kinder

2.1.4 Getrennt lebende Ehegatten

2.1.5 Geschiedene Ehegatten

2.2 Absicherung behinderter Familienangehöriger

2.2.1 Verfügungen zu Lebzeiten

2.2.2 Verfügungen von Todes wegen - das sog. behindertengerechte Testament

2.3 Absicherung überschuldeter Erben

2.4 Die nichteheliche Lebensgemeinschaft

2.4.1 Grundlagen und Interessen der Lebenspartner

2.4.1.1 Rechtliche Voraussetzungen

2.4.1.2 Interessen der Lebenspartner

2.4.2 Erbrechtliche

Gestaltungsmöglichkeiten

2.4.2.1 Die rechtlichen Grenzen

2.4.2.2 Vermeidung der Belastung des überlebenden Lebenspartners mit Pflichtteilsansprüchen

2.4.2.3 Die Erbschaftsteuer in der eheähnlichen Lebensgemeinschaft

2.4.2.4 Gestaltungsvorschläge

2.4.3 Gestaltungsmöglichkeiten zu Lebzeiten

2.5 Die eingetragene Lebenspartnerschaft und die gleichgeschlechtliche Ehe

3 Der Erbvertrag

3.1 Inhalt und

Wirksamkeitsvoraussetzungen des Erbvertrags

3.1.1 Inhalt

3.1.1.1 Einseitige Verfügungen

3.1.1.2 Zweiseitige Verfügungen

3.1.1.3 Gegenseitige oder mehrseitige Verfügungen

3.1.2 Wirksamkeitserfordernisse

3.1.3 Der

Verfügungsunterlassungsvertrag

3.2 Eintritt der Bindungswirkung und ihre Folgen

3.2.1 Inhalt der Bindungswirkung

3.2.2 Folgen für Rechtsgeschäfte unter Lebenden

3.3 Beseitigung der Bindungswirkung

3.3.1 Rücktritt

3.3.1.1 Vertraglicher Rücktritt

3.3.1.2 Gesetzlicher Rücktritt

3.3.1.3 Formanforderungen an den Rücktritt

3.3.2 Aufhebung

3.3.2.1 Aufhebung durch Vertrag

3.3.2.2 Aufhebung durch Testament

3.3.2.3 Aufhebung durch gemeinschaftliches Testament

3.3.3 Anfechtung

3.3.3.1 Anfechtung durch den Erblasser

3.3.3.2 Anfechtung durch Dritte

3.3.3.3 Anfechtung durch den Vertragspartner

Kapitel V Das Pflichtteilsrecht

1 Das Prinzip

1.1 Voraussetzungen und Inhalt des Pflichtteilsanspruchs

1.1.1 Die beteiligten Personen

1.1.1.1 Berechtigter

1.1.1.2 Verpflichteter

1.1.2 Höhe des Pflichtteilsanspruchs

1.1.3 Anrechnung

1.1.4 Ausgleich

1.1.5 Restpflichtteil

1.2 Voraussetzungen und Inhalt des Pflichtteilsergänzungsanspruchs

1.3 Auskunfts- und

Wertermittlungsanspruch

1.4 Grenzen des Pflichtteilsanspruchs

1.4.1 Pflichtteilsentziehung

1.4.2 Pflichtteilsbeschränkung in guter Absicht

1.4.3 Form der Entziehung

1.4.4 Stundung des Pflichtteilsanspruchs

1.4.5 Der Pflichtteilsverzichtsvertrag

Kapitel VI Vermögensverfügungen zu Lebzeiten

1 Schenkungen zu Lebzeiten und Schenkungen zu Lebzeiten auf den Todesfall: Einführung

2 Die Schenkung unter Lebenden als Teil der Nachfolgeregelung

2.1 Vorweggenommene Erbfolge

2.2 Arten der Zuwendung

2.3 Ziele der vorweggenommenen Erbfolge

2.3.1 Reduzierung der Steuerlast

2.3.2 Erhalt des Familienvermögens

2.3.3 Versorgung des Schenkers und dessen Ehepartners

2.3.4 Minderung von Pflichtteilsansprüchen

2.4 Gegenleistungen des Erwerbers an den Veräußerer

2.4.1 Wart- und Pflegeverpflichtung

2.4.2 Vorbehaltsnießbrauch

2.4.3 Vorbehaltenes Wohnungsrecht

2.5 Vereinbarungen mit Dritten

2.6 Gesetzliche Rücktrittsrechte

2.7 Vertragliche Rückforderungsrechte

2.8 Hinweise zum Steuerrecht

3 Schenkung auf den Todesfall

4 Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall

4.1 Lebensversicherungsvertrag

4.1.1 Rechtslage beim Lebensversicherungsvertrag

4.1.2 Schenkungsvertrag zwischen Erblasser und dem Dritten

4.2 Bankguthaben

4.3 Wertpapierdepot

4.4 Bausparvertrag

5 Vollmachten des Erblassers

Kapitel VII Wenn sich im Nachlass Unternehmen befinden: Unternehmerinteressen und Erbrecht

1 Die speziellen Interessen von Unternehmern

1.1 Drei Hauptinteressen

1.1.1 Fortbestand des Unternehmens

1.1.2 Existenzsicherung des überlebenden Ehegatten

1.1.3 Gerechte Vermögensverteilung

1.2 Das Interesse des Unternehmers an einer Testamentsvollstreckung im Unternehmertestament

1.2.1 Einsatzmöglichkeiten bei Unternehmen

1.2.1.1 Schutz des Nachlasses

1.2.1.2 Schutz der Erben

1.2.2 Ausgestaltung

1.2.2.1 Einzelunternehmen

1.2.2.2 Personengesellschaften

1.2.2.3 Kapitalgesellschaften

2 »Ist die Rechtsform meines Unternehmens und der Gesellschaftsvertrag für die von mir vorgesehene Unternehmensnachfolge tauglich?«

3 Einzelunternehmen

3.1 Die Nachfolgeregelung

3.1.1 Kein Nachfolger

3.1.2 Ausgestaltung der Nachfolge

3.2 Versorgung des Ehegatten

3.2.1 Versorgung durch weiteres Privatvermögen

3.2.2 Versorgung durch das Unternehmen

3.2.2.1 Rentenzahlungen

3.2.2.2 Variable Leistungen

3.2.2.3 Nießbrauch an Gesellschaftsanteilen

3.3 Berücksichtigung von Pflichtteilsansprüchen

4 Personengesellschaften

4.1 Die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (BGB-Gesellschaft)

4.2 Die offene Handelsgesellschaft (oHG)

4.2.1 Anwachsung des Vermögens zugunsten der Mitgesellschafter ohne Abfindungsansprüche der Erben

4.2.2 Beispiel zum Eintrittsrecht einer bestimmten Person

4.2.3 Verbindliche Bestimmung der Nachfolger

4.2.4 Die Festlegung eines Erben als Nachfolger

4.3 Die Kommanditgesellschaft

4.3.1 Grundlagen

4.3.2 Nachfolge in die KG

4.3.2.1 Tod des Komplementärs

4.3.2.2 Tod des Kommanditisten

4.3.3 Die GmbH & Co. KG

4.3.3.1 Formen der GmbH & Co. KG

4.3.3.2 Die Nachfolge im Einzelnen

4.3.3.3 Die GmbH & Co. KG als Gestaltungsmittel

4.4 Die Stille Gesellschaft

5 Kapitalgesellschaften

5.1 Die GmbH

5.1.1 Freie Vererbbarkeit der GmbH-Anteile

5.1.2 Die erbrechtliche Nachfolge in die GmbH

5.1.3 Der wirtschaftliche Ausschluss der Nachfolge

5.1.3.1 Abtretung

5.1.3.2 Einziehungsrecht der Gesellschaft

5.1.3.3 Das Kaduzierungsverfahren

5.1.3.4 Abfindungsanspruch

**5.1.3.5 Exkurs: Beginn der
Zehnjahresfrist des § 2325 Abs. 3
BGB**

5.1.4 Rechtsgeschäftliche Lösungen

5.2 Die Aktiengesellschaft

5.2.1 Aktienübertragung zu Lebzeiten

5.2.1.1 Inhaberaktien

5.2.1.2 Namensaktien

5.2.2 Erbrechtliche Übertragung

**5.2.3 Erbrechtliche Vorgaben in der
Satzung der AG**

**5.3 Kapitalgesellschaften ausländischen
Rechts mit Sitz in Deutschland**

6 Die Stiftung

6.1 Einführung

6.2 Formen

6.3 Sonderfall: Die rechtsfähige Stiftung

6.3.1 Unternehmensträgerstiftung

6.3.2 Familienstiftung

6.3.3 Die Doppelstiftung

**6.4 Die steuerliche Behandlung von
Stiftungen**

6.4.1 Steuerbegünstigte Stiftungen

**6.4.2 Nicht steuerbegünstigte
Stiftungen**

**6.4.3 Erbersatzsteuer bei
Familienstiftungen**

**Kapitel VIII Überblick für alle Unternehmer: Welche
Punkte Sie bei der Planung der
Unternehmensnachfolge unbedingt beachten
sollten**

**Kapitel IX Sonderinteresse: Die
Familiengesellschaft als Instrument der
Nachfolgeregelung**

- 1 Grundproblematik bei der Immobiliennachfolge**
 - 2 Gründe für Familiengesellschaften**
 - 3 Rechtsformen der Familiengesellschaften**
 - 4 Steuerliche Aspekte bei Familiengesellschaften**
 - 4.1 Einkommen- und Gewerbesteuer**
 - 4.1.1 Laufende Besteuerung**
 - 4.1.2 Übertragung von Grundstücken auf die Gesellschaft sowie Übertragung der Anteile**
 - 4.2 Erbschaft- und Schenkungsteuer**
 - 4.3 Grunderwerbsteuer**
 - 5 Nießbrauch und disquotales Gewinnbezugsrecht**
 - 5.1 Nießbrauch und vermögensverwaltende Immobiliengesellschaft**
 - 5.2 Disquotales Gewinnbezugsrecht und vermögensverwaltende Immobiliengesellschaft**
 - 5.3 Gewerbliche Personengesellschaft**
 - 6 Zusammenfassung**
- Kapitel X Besteuerung von Schenkungen und Erbschaften**
- 1 Erbschaft- und Schenkungsteuer**
 - 1.1 Allgemeines zu den Steuergegenständen**
 - 1.2 Anknüpfungspunkte zur Erbschaftsteuer**
 - 1.2.1 Der Erwerb von Todes wegen**
 - 1.2.2 Bereicherung des Erwerbers**
 - 1.3 Entstehen und Erlöschen der Steuer**
 - 1.4 Steuerschuldner**
 - 1.5 Die Berechnung der Höhe der Erbschaftsteuer**
 - 1.5.1 Bereicherung des Erwerbers**

- 1.5.2 Sachliche Steuerbefreiungen und begünstigtes Vermögen**
- 1.5.3 Steuerklassen**
- 1.5.4 Steuersätze**
- 1.5.5 Persönliche Freibeträge**
- 1.6 Steuerliche Ersparnis durch Ausnutzung der Freibeträge und Fristen**
- 1.7 Die Bewertung des Nachlasses**
 - 1.7.1 Allgemeine Bewertungsgrundsätze**
 - 1.7.1.1 Bargeld**
 - 1.7.1.2 Kunstgegenstände und Schmuck**
 - 1.7.1.3 Hausrat und persönliche Gegenstände**
 - 1.7.1.4 Bewertung von Aktien**
 - 1.7.1.5 Bewertung von Bundesschatzbriefen**
 - 1.7.1.6 Bewertung von Edelmetallen**
 - 1.7.1.7 Bewertung von Edelsteinen**
 - 1.7.1.8 Bewertung von Investmentanteilen**
 - 1.7.1.9 Bewertung von Kapitalforderungen und Schulden**
 - 1.7.1.10 Bewertung von Nutzungen und Leistungen**
 - 1.7.1.11 Bewertung von Pflichtteilsansprüchen**
 - 1.7.1.12 Bewertung von Sachleistungsansprüchen bzw. Sachleistungsverpflichtungen**
 - 1.7.1.13 Bewertung von Sparbriefen**
 - 1.7.1.14 Bewertung von stillen Beteiligungen**
 - 1.7.1.15 Bewertung von Vermächtnissen**

- 1.7.1.16 Bewertung von Wertpapieren**
- 1.7.1.17 Bewertung von Zero-Bonds**
- 1.7.1.18 Bewertung von Zinsen**
- 1.7.2 Die besondere Bewertung von Grundstücken**
 - 1.7.2.1 Bewertungsverfahren**
 - 1.7.2.2 Die Bewertung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen**
- 1.7.3 Die Bewertung von Lebensversicherungen**
- 1.7.4 Bewertung von Auslandsvermögen**
- 1.7.5 Die Bewertung von Unternehmen**
 - 1.7.5.1 Wertansätze**
 - 1.7.5.2 Begünstigung für Betriebsvermögen**
- 1.8 Verfahren der Besteuerung**
 - 1.8.1 Anmeldung des Erwerbs**
 - 1.8.2 Steuererklärung**
 - 1.8.3 Anzeigepflichten**
- 1.9 Fälle steuerrechtlicher Besonderheiten**
 - 1.9.1 Nacherbschaft und Nachvermächtnis**
 - 1.9.1.1 Nacherbschaft**
 - 1.9.1.2 Nachvermächtnis**
 - 1.9.2 Schenkungen unter Lebenden**
 - 1.9.3 Erbschaftsteuer der Ehegatten**
 - 1.9.3.1 Die steuerlichen Folgen des Ehegattentestaments**
 - 1.9.3.2 Zugewinnngemeinschaft**
 - 1.9.3.3 Fortgesetzte Gütergemeinschaft**
 - 1.9.3.4 Ehebedingte Zuwendungen**
 - 1.9.4 Teilungsanordnungen und Vorausvermächtnisse**

1.9.5 Die Erbengemeinschaft und ihre Auseinandersetzung

1.10 Steuerbefreiung für Familienheim

2 Einkommensteuer

2.1 Einkommensteuer des Erblassers

2.2 Einkommensteuer des Erben

2.2.1 Einkünfte des Erben

2.2.1.1 Einkünfte aus Gewerbebetrieb

2.2.1.2 Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung

2.2.1.3 Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit

2.2.1.4 Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit

2.2.1.5 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

2.2.1.6 Einkünfte aus Kapitalvermögen

2.2.1.7 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

2.2.1.8 Sonstige Einkünfte der Erben

2.2.2 Sonderausgaben

2.2.3 Außergewöhnliche Belastungen

2.3 Einkommensteuerrechtliche Behandlung von Vermächtnissen, einer Erbengemeinschaft und einer Testamentsvollstreckung

2.3.1 Vermächtnis

2.3.2 Erbengemeinschaft

2.3.3 Testamentsvollstreckung

2.4 Sonderfall »Spekulationssteuer«

Kapitel XI Internationales Privatrecht im Erbrecht - die EuErbVO und sonstige Rechtsquellen

1 Einführung

2 Grenzüberschreitender Erbfall

- 2.1 Auslandsvermögen
- 2.2 Aufenthalt/Wohnsitz im Ausland
- 3 Das Kollisionsrecht nach der EuErbVO
 - 3.1 Anwendbarkeit der EuErbVO
 - 3.1.1 Zeitlicher Anwendungsbereich (Intertemporaler Anwendungsbereich)
 - 3.1.2 Personaler Anwendungsbereich
 - 3.1.3 Sachlicher Anwendungsbereich
 - 3.1.4 Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich
 - 3.2 Internationale Zuständigkeit der Gerichte
 - 3.2.1 Grundlegende Prinzipien des unionsrechtlichen Zuständigkeitsrechts
 - 3.2.2 Rechtsquellen
 - 3.2.3 Verfahren
 - 3.2.4 Grundsatz: letzter gewöhnlicher Aufenthalt im Forumstaat
 - 3.2.5 Ausnahmen vom Grundsatz
 - 3.3 Ermittlung des anwendbaren Rechts
 - 3.3.1 Grundsatz: letzter gewöhnlicher Aufenthalt
 - 3.3.2 Ausnahme: offensichtlich engere Verbindung
 - 3.3.3 Rechtswahl
 - 3.3.4 Sonderanknüpfungen
 - 3.3.5 Art der Verweisung
 - 3.3.6 Umfang des Erbstatuts
 - 3.3.7 Grenzen der Verweisung
 - 3.4 Anerkennung und Vollstreckung
 - 3.5 Europäisches Nachlasszeugnis
- 4 Das Kollisionsrecht außerhalb des Anwendungsbereichs der EuErbVO
 - 4.1 Völkerrechtliche Regelungen

4.2 Die Rechtslage für Altfälle vor dem 17.08.2015

4.2.1 Internationale Zuständigkeit

4.2.2 Maßgebliche Kollisionsnorm: Art. 25 EGBGB

4.2.2.1 Staatsangehörigkeitsprinzip

4.2.2.2 Häufige Folge: (teilweise) Nachlassspaltung

5 Anerkennung und Vollstreckung in Drittstaaten

6 Was Erblasser mit Vermögen in Drittstaaten beachten müssen

7 Fazit und Ausblick

Kapitel XII Vorsorgeverfügungen im privaten und unternehmerischen Bereich

1 Einleitung

2 Die Funktionen der verschiedenen Vorsorgeverfügungen

2.1 Einleitung

2.2 Die Vorsorgevollmacht

2.3 Die Betreuungsverfügung

2.4 Die Patientenverfügung

2.4.1 Die Patientenverfügung im Allgemeinen

2.4.2 Verschärfte Anforderungen an Patientenverfügungen seit Juli 2016

2.4.3 Inhalt der Patientenverfügung nach der neuen Rechtsprechung des BGH

2.4.4 Sonderfall: Patientenverfügung für Menschen mit geistiger Behinderung

2.4.5 Zusammenfassung: Die zehn wichtigsten Tipps zur Patientenverfügung

3 Speziell zur Vorsorgevollmacht: Einzelfragen zur Vorsorgevollmacht im privaten und

unternehmerischen Bereich

3.1 Einleitung

3.1.1 Voraussetzungen für eine gültige Vorsorgevollmacht

3.1.1.1 Geschäftsfähigkeit

3.1.1.2 Form

3.1.2 Erteilung und Geltungszeitpunkt der Vollmacht

3.1.2.1 Erteilung unter einer Bedingung

3.1.2.2 Zeitpunkt der Aushändigung der Vollmacht

3.1.2.3 Beschränkung im Innenverhältnis

3.1.2.4 Vollmacht über den Tod hinaus

3.1.3 Umfang der Vorsorgevollmacht

3.1.3.1 Personenfürsorge

3.1.3.2 Vermögensfürsorge

3.1.4 Weitere Regelungsmöglichkeiten in der Vorsorgevollmacht

3.1.4.1 Insichgeschäfte

3.1.4.2 Untervollmachten

3.1.4.3 Mehrere Bevollmächtigte

3.1.4.4 Kontrollbevollmächtigter

3.1.4.5 Widerruf der Vorsorgevollmacht

3.1.4.6 Zusammenfassung: Die zehn wichtigsten Tipps zur Vorsorgevollmacht

3.2 Unternehmensvorsorge:

Vorsorgevollmacht des Unternehmers

3.2.1 Einleitung

3.2.2 Regelungsbedarf

3.2.3 Person des Bevollmächtigten

3.2.4 Organisation

3.2.5 Konkrete Ausgestaltung

3.2.5.1 Kapitalgesellschaften am Beispiel der GmbH

3.2.5.2 Personengesellschaften

3.2.5.3 Freiberufler/Selbstständige

3.2.5.4 Einzelunternehmen

3.3 »Notfallkoffer«

4 Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung im internationalen Vergleich und in ihrer Anwendung in verschiedenen Staaten

Stichwortverzeichnis

Der Autor

Arbeitshilfen Online

Hinweis zum Urheberrecht:

Alle Inhalte dieses eBooks sind urheberrechtlich geschützt.
Bitte respektieren Sie die Rechte der Autorinnen und
Autoren, indem sie keine ungenehmigten Kopien in Umlauf
bringen.

Dafür vielen Dank!

Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft - Steuern - Recht
GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [http://dnb.dnb.de/](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

Print:	ISBN 978-3-7910-5199-4	Bestell-Nr. 20237-0003
ePub:	ISBN 978-3-7910-5222-9	Bestell-Nr. 20237-0101
ePDF:	ISBN 978-3-7910-5200-7	Bestell-Nr. 20237-0153

Thomas Fritz

Gezielte Vermögensnachfolge durch Testament und Schenkung

5. Auflage, September 2021

© 2021 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH

www.schaeffer-poeschel.de

service@schaeffer-poeschel.de

Bildnachweis (Cover): © Sergey Nivens, shutterstock

Produktmanagement: Steinleitner, Rudolf

Lektorat: Lange, Claudia

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Vervielfältigung, des auszugsweisen Nachdrucks, der Übersetzung und der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, vorbehalten. Alle Angaben/Daten nach bestem Wissen, jedoch ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit.

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart
Ein Unternehmen der Haufe Group SE

Sofern diese Publikation ein ergänzendes Online-Angebot beinhaltet, stehen die Inhalte für 12 Monate nach Einstellen bzw. Abverkauf des Buches, mindestens aber für zwei Jahre nach Erscheinen des Buches, online zur Verfügung. Einen Anspruch auf Nutzung darüber hinaus besteht nicht.

Sollte dieses Buch bzw. das Online-Angebot Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte und die Verfügbarkeit keine Haftung. Wir machen uns diese Inhalte nicht zu eigen und verweisen lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der 4. Auflage dieses Buches im Jahr 2017 sind einige wesentliche Änderungen erfolgt, welche die vorliegende Neuauflage erforderlich gemacht haben.

In einem neuen Sonderkapitel gehen wir der allgemeinen Unlust, seinen »letzten Willen« zu formulieren, auf den Grund. Der Widerwille, sein Testament zu machen, wird in aller Regel damit begründet, dass man noch nicht so weit sei, sich festlegen zu können. Wenn dann der Tod schneller ist, gibt es anschließend den Mord und Totschlag, den nur der Erblasser hätte - mit einem Testament - vermeiden können. Die gute Botschaft: Einen Großteil der Entscheidungen, die viele Menschen als »noch nicht regelungsreif« bezeichnen, können Sie in Ihrem Testament auf die Zeit nach Ihrem Tod verschieben und an dann noch Lebende delegieren! In der neuen Auflage erfahren Sie, was alles möglich ist.

»En Vogue« als Gestaltungsmittel der Vermögensnachfolge zu Lebzeiten und von Todes wegen ist derzeit die sog. Familiengesellschaft. Das Vermögen - in der Regel größeres Immobilienvermögen - soll in eine Gesellschaft eingebracht werden, die dann Eigentümer der Immobilien ist. Anschließend werden nicht mehr einzelne Immobilien, sondern Anteile an der Familiengesellschaft verschenkt oder vererbt. Anhand des entsprechenden Kapitels können Sie sich orientieren, ob diese Konstruktion für Sie interessant sein könnte.

Der fortschreitenden Digitalisierung entsprechend wird in der jetzigen Auflage erstmalig ausführlich das Thema »Der digitale Nachlass« behandelt.

Das Kapitel zu den Unternehmerinteressen bei der Nachfolgeregelung wurde wesentlich erweitert und vertieft. Hinzugekommen ist auch das Kapitel »Überblick für alle Unternehmer: Welche Punkte Sie bei der Planung der Unternehmensnachfolge unbedingt beachten sollten«.

In der 4. Auflage wurde die Europäische Erbrechtsverordnung von 2015 vorgestellt. In der jetzigen Auflage werden die Erfahrungen, die in den ersten fünf Jahren dieser Verordnung gemacht wurden, dargestellt und die entsprechenden Tipps gegeben.

Von Interesse für alle, die Familienvermögen im Nicht-EU-Ausland zu vererben oder zu erben haben, ist das Kapitel »Internationales Privatrecht im Erbrecht – die EuErbVO und sonstige Rechtsquellen« mit internationalem Bezug außerhalb des EU-Auslands, das ebenfalls erweitert wurde.

Vorsorge darf sich nicht auf Regelungen für den Todesfall durch Testamente oder vorweggenommene Erbfolge beschränken, sondern muss auch die Fälle umfassen, in denen die Geschäftsunfähigkeit aufgrund von Unfall oder altersbedingter Demenz eintritt, d. h., dass der bzw. die Betroffene zwar noch lebt, aber nicht mehr für sich selbst und gegebenenfalls auch nicht mehr für sich bzw. sein Unternehmen sorgen kann. Zu diesem Thema enthält die vorliegende Neuauflage weitere ergänzende Ausführungen. Neu hinzugekommen sind zudem Ausführungen zu der Frage, was zu tun ist, wenn sich Personen – privat und/oder geschäftlich – regelmäßig in mehreren Staaten aufhalten. Es stellt sich die Frage, ob eine in Deutschland verfasste General- und Vorsorgevollmacht für die Vermögens- und persönlichen Angelegenheiten sowie eine Patientenverfügung in einem anderen Land akzeptiert werden. Hierzu existieren selbst innerhalb der Europäischen Union höchst unterschiedliche Vorgaben. Wie Sie sich angesichts dieser Vielfalt richtig verhalten, wird in dieser Neuauflage gezeigt. Abgerundet werden die Ausführungen

zu den Vorsorgeverfügungen durch eine Übersicht »Die zehn wichtigsten Tipps zur Vorsorgevollmacht«.

Mein großer Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen und Mitarbeitern, insbesondere Constanze Zientek, Meike Rothkopf, Stefan Rohn, Herbert Eger, Vedrana Jotanovic, Veronika Wiesler und Ilona Lux.

München, im August 2021

Der Verfasser

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
abzgl.	abzüglich
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
BewG	Bewertungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
Brüssel-Ia-VO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BV	Betriebsvermögen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgericht – Entscheidungen
BvL	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
Durchführungs-VO EU	Durchführungsverordnung der Europäischen Union
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
ErbGleichG	Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder
ErbStG	Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz
ErbStR	Erbschaft- und Schenkungsteuerrichtlinie

ErbStRG	Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts
EStG	Einkommensteuergesetz
ESÜ	Übereinkommen über den internationalen Schutz Erwachsener
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuErbVO	Europäische Erbrechtsverordnung
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGG-Reform	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
GBO	Grundbuchordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GNotKG	Gerichts- und Notarkostengesetz
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
HeimG	Heimgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HS	Halbsatz
HTestFÜ	Haager Testamentsformübereinkommen
i. H. v.	in Höhe von
InsO	Insolvenzordnung
IntErbRVG	Internationales Erbrechtsverfahrensgesetz
IPR	Internationales Privatrecht
IPRG	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht in der Schweiz
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KO	Konkursordnung (heute: Insolvenzordnung)
KStG	Körperschaftsteuergesetz